





Wunder mit Nebenwirkungen

Nach dem Stillstand probt das Land wieder den Normalbetrieb. Die **Maßnahmen gegen Corona** haben die Deutschen vor einer Katastrophe bewahrt, die Republik aber auch erschüttert. Wurden Fehler gemacht? Eine Zwischenbilanz

TEXT VON **C. ELFLEIN, J. HUFELSCHULTE, M. KRISCHER** UND **S. SCHELLSCHMIDT**

Mit gebotenem Abstand
Angela Merkel und ihre
Leibwächter gehen zurück
ins Kanzleramt

Auf dem richtigen
Weg? Die Kanzlerin
am 13. Mai nach
einer Corona-
Debatte im Bundestag



W

War was? Die Baumärkte sind offen, Menschen sitzen in Biergärten, lassen sich von Friseuren die Haare schneiden, schwitzen in Fitness-Klubs, entspannen in Freibädern und hoffen auf einen Sommerurlaub an der Ostsee, in Tirol oder gar in der Türkei. Die Abiturprüfungen sind geschrieben. Der Dax steht bei 11 000 Punkten, die Immobilienpreise sind oben, die Spritpreise unten – und auf Platz eins der Bundesliga steht: na klar.

Das Land, dem die Kanzlerin vor etwas mehr als zwei Monaten eine Bewährungsprobe verordnet hatte, die allenfalls mit den Belastungen des Zweiten Weltkrieg zu vergleichen sei, probt wieder den Normalbetrieb. Eben hieß die Parole noch: Schluss, Stop und Stillstand! Jetzt gilt: Lockern, Öffnen, Neustart!

Die Regierenden kündigen für so ziemlich alle Lebensbereiche die baldige Rückkehr suspendierter Rechte und Freiheiten an. Am weitesten geht wohl Thüringen. Dort sollen am 6. Juni sämtliche Zwangsmaßnahmen aufgehoben werden. Es lieben dann lediglich bei Bedarf lokale Einschränkungen.

Die Festung, in die sich die 80 Millionen Deutschen vor einem unsichtbaren und bislang unbesiegbaren Gegner flüchteten, öffnet zwar noch nicht das Haupttor, aber ihre Nebeneingänge. Der nationale Lockdown, mit dessen Verhängung am 16. März Geschichte geschrieben wurde, ist nun selbst Geschichte.

Eine Frage, die bleibt: War er so wirklich notwendig? Er könne, so der Psychologe Gerd Gigerenzer, „nicht sagen“, ob all die

radikalen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus richtig gewesen seien. Auffällig sei jedoch, dass „wir Deutschen Corona deutlich besser in den Griff bekommen haben als andere“. Gigerenzer, emeritierter Professor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, erkundet, wie Menschen Risiken wahrnehmen und wie sie darauf reagieren.

Er plädiert seit Langem für ein skeptisches Denken. Es sei eine gefährliche Illusion, die Zukunft als berechenbare Gewissheit zu betrachten. Vielmehr, so Gigerenzer, sollten wir „endlich lernen“, in der Ungewissheit zu leben und zu entscheiden. Ob wir die Risiken des unbekannten Krankheitserregers Corona richtig einschätzten, sei nur im Nachhinein zu beurteilen. Gigerenzer: „Es geht nicht um die Suche nach einem Schuldigen. Es geht darum, aus Fehlern zu lernen.“

Und Erfolge als solche zu benennen: Der Republik blieben in den vergangenen Wochen die großen Todeszahlen, wie sie in etlichen anderen Ländern, auch in unmittelbarer Nachbarschaft, zu verzeichnen sind, erspart. Das Gesundheitssystem brach nicht zusammen. Behörden, Praxen und Kliniken blieben arbeitsfä-

hig. Ärzte waren zu keinem Zeitpunkt gezwungen, aus der Not heraus zwischen jenen Corona-Patienten zu unterscheiden, bei denen sich ein Behandlung noch lohne – und jenen, die sie verloren geben mussten.

Davongekommen – aber gezeichnet

Das totale Herunterfahren der Wirtschaft führte in Deutschland, bislang, auch nicht zu einer Massenarbeitslosigkeit, wie etwa in den USA. Die umfangreichen und entschlossenen staatlichen Hilfsmaßnahmen scheinen zu wirken. Die Konjunktur-Aussichten, dies zumindest legen die neuen Zahlen des Münchner Ifo-Instituts nahe, sind für die kommenden sechs Monate überraschend positiv. Im Vergleich mit beinahe allen anderen Staaten der Welt könnte Deutschland nicht nur glimpflich, sondern relativ glücklich aus der Krise kommen.

Und dennoch schwer gezeichnet. Das Fundament der gesamten Republik ist ins Wanken geraten. Zehn Millionen Menschen sind auf Kurzarbeit, Tausende Firmen sind finanziell angeschlagen oder bereits rettungslos ruiniert. Die Schließung von Kindergärten, Schulen und Uni-

Harte Entscheidungen, radikaler Protest Bild links: Gesundheitsminister Jens Spahn und seine Corona-Berater Lothar Wieler (RKI-Chef) und Christian Drosten (Charité). Bild rechts: Demonstration von Gegnern der Anti-Corona-Maßnahmen in Stuttgart auf dem Platz des Cannstatter Wasen

versitäten belastete zahllose Familien. Der Staat verschuldete sich mit mehreren Hunderten Milliarden Euro – die Tilgung wird die ökonomische Leistungsfähigkeit des Landes über Jahrzehnte beeinträchtigen.

Die Monate der nationalen Quarantäne haben auch in den Seelen Spuren hinterlassen. Das Trauma der Angst und der zwangsweisen Vereinzelung könnte viele Menschen dauerhaft krank machen. In den USA etwa führte der Lockdown zu einem brutalen Anstieg der Suizidrate.

Ohnehin könnte der Kollateralschaden der Corona-Maßnahmen gerade im Gesundheitswesen besonders groß sein (siehe Seite 36). Die Behandlung anderer Krankheiten wurde schlicht vernachlässigt. Praxen blieben geschlossen, Operationen wurden abgesagt, selbst akute Notfall-Patienten trauten sich nichts ins rettende Krankenhaus.

Trotz dieser unheimlichen Begleiterscheinungen – eine Mehrheit der Deutschen hält die kompromisslose Corona-Abwehr, so wie sie von Bund und Ländern durchgesetzt wurde, für notwendig und angemessen.

Kritik war immer da, jetzt wird sie deutlich

Einige allerdings sehen das anders. Die Kritik am harten Kurs einer Exekutive, die per Krisenstab und schnellen Videokonferenzen Grundrechte außer Kraft setzte, war von Anfang an da, wird aber erst jetzt deutlich vernehmbar. Die abweichenden und mahnenden Stimmen mögen von Wirkköpfen und Sektierern missbraucht werden – sie haben mit ihnen aber in Wahrheit nichts zu tun.

Da ist etwa die Initiative „1bis19“, eine Gruppe, die weder Verschwörungen ver-

Tausend Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet. 10 Mio. Mitarbeiter sind betroffen

breitet noch Aluhüte trägt, aber davon überzeugt ist, der Staat habe im Kampf gegen Corona fundamentale bürgerliche Freiheitsrechte (insbesondere jene, die das Grundgesetz in den ersten 19 Artikeln aufführt) massiv verletzt. Man protestiere, so verkündet die Webseite von „1bis19“, nicht als Bande von Wutbürgern, sondern weil man konstatieren müsse, dass die Regierung „zu weit gegangen“ sei.

Für maßlos hält auch der 57-jährige Oberregierungsrat Stephan Kohn die staatliche Pandemie-Reaktion. Um genau zu sein: Der Fachmann für Katastrophenschutz, Mitarbeiter in der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz (KM 4) im Bundesinnenministerium, ist nach eingehender Prüfung zur Überzeugung gelangt, dass die Deutschen in Sachen Corona einem „Fehlalarm“ aufgesessen seien.

In einem 91 Seiten langen Bericht erklärt Kohn, es habe durch Corona nie eine „über das Normalmaß hinausgehende“ Gefahr für die Bevölkerung bestanden. Das Krisenmanagement der Regierung habe komplett versagt, auf ein grippeähnliches Ge-

schehen mit Panik reagiert und in der Konsequenz die Gesundheit von Millionen Menschen gefährdet.

Kohn brachte seine Expertise, eine Totalverurteilung der Bundesregierung, per Mail im eigenen Haus und in anderen Behörden in Umlauf – wohl, damit niemand sagen könne, er sei nicht gewarnt worden. Prompt wurde er seines Postens enthoben. Er musste seinen Laptop abgeben – und das Ministerium ließ jeden wissen, Kohns Bericht sei nicht mehr als die skurrile Einzelmeinung.

Offiziell begründeten Seehofers Leute die Bestrafung damit, dass Kohn in der elektronischen Post den Eindruck erweckt habe, seine Privatansichten im Auftrag des Ministeriums zu verbreiten. Faktisch aber wurde der Beamte diskreditiert – und damit auch seine Kritik. ►

Neustart und Rückzug Bild unten: VW-Chef Herbert Diess und Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil in einer VW-Halle in Wolfsburg. Das Unternehmen fährt die Produktion wieder langsam hoch. Bild rechts: Ein Leipziger Informatiker in seinem Homeoffice



Doch Kohn mag alles Mögliche sein – rechthaberisch, missionarisch und vielleicht sogar querulatorisch. Ein Spinner ist er offenbar nicht. Seit zwanzig Jahren arbeitet er im Bundesinnenministerium. Er war mit etlichen Delegationen des Hauses auf internationalen Konferenzen, schrieb Reden für mehrere Minister.

Vor zehn Jahren begab sich Kohn auf einen Feldzug in eigener Sache. Er war als Kind von einem evangelischen Geistlichen in Ahrensburg sexuell missbraucht worden. Das Verbrechen war zwar verjährt,

Kohn ging dennoch an die Öffentlichkeit und deckte damit den wohl größten Missbrauchsskandal der evangelischen Kirche in Deutschland auf.

In Sachen Corona, so verlautet aus seinem Umfeld, sei es dem erfahrenen Ministerialbeamten auch darum gegangen, den Staat durch seinen Bericht auf hohe Haftungsrisiken aufmerksam zu machen. Kohn selbst will sich gegenüber FOCUS nicht äußern,

Dabei verließ sich der Katastrophenschutz nicht nur auf sein eigenes Urteil.

Er informierte sich bei Fachleuten in anderen Behörden und sprach eingehend mit etlichen Medizinem. Er recherchierte umfassend und gründlich. Allerdings: Unter den von ihm benannten Experten findet sich nicht ein Virologe.

Die Stunde der Virologen

Wer aber verstehen will, wie es in Deutschland zum Corona-Alarm kam, wird akzeptieren müssen, dass es eben Virologen waren, deren Urteil zur Grundlage der politischen Entscheidungen wurde.

In den Wochen von Ende Dezember (als die ersten Berichte über eine mysteriöse Lungenkrankheit in China den Westen erreichte) bis Ende Februar schätzten Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und das ihm unterstellte Robert Koch-Institut (RKI) die Gefahr eines Corona-Ausbruchs in Deutschland als gering ein. Wer das Gegenteil behauptete, galt in der Öffentlichkeit schnell als Panikmacher. Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings die Lufthansa längst reagiert und sämtliche Flüge von und nach China eingestellt. Passagiere aber, die mit

Milliarden Euro

Steuern wird der Staat in diesem Jahr weniger einnehmen

der AirChina von Peking nach Deutschland flogen, konnten noch über Wochen in Frankfurt landen. Ohne im Airport einen Gesundheitscheck absolvieren zu müssen.

Erst als die Gesundheitsämter mehrere Hundert Infizierte meldeten, die Zahl der Patienten Tag für Tag exponentiell anstieg und die Wege der Ansteckung nicht mehr nachzuverfolgen waren, schalteten die Bundesregierung und insbesondere einige Länderchefs auf Krisenmodus um. Vor allem Markus Söder in Bayern.

In jenen Tagen erlangte ein auch von Virologen erstelltes Pandemie-Szenario aus dem Jahr 2012 eine enorme Wirkung bei den Verantwortlichen. Damals hatten Forscher und Katastrophenschutz im Auftrag des Bundes die extreme Ausbreitung eines Sars-ähnlichen, hoch infektiösen Corona-Virus durchgespielt. Sie prophezeiten 7,5 Millionen Tote und die Möglichkeit, dass der Staat komplett kollabieren könnte, sollte die Regierung vor entschlossenen und umfassenden „anti-epidemischen Maßnahmen“ zurückschrecken. Die kritische Infrastruktur des Landes, die gesamte Volkswirtschaft könnte zusammenbrechen. Das Papier über das hypothetische „Modi-Sars-Virus“ las sich für Merkel, Seehofer, Spahn und ihre Kollegen wie der Fahrplan in einen möglichen Corona-GAU.

Das Chaos abwenden

Handeln lautete jetzt das Gebot. Entscheidend sollte ein Treffen im Bundesinnenministerium werden. Am Abend des 11. März, einem Mittwoch, ließen sich Horst Seehofer und die Spitzenbeamten seines Hauses über vier Stunden von medizinischen Experten die Lage erklären. Mit dabei RKI-Chef Lothar Wierler und der Berliner Virologe Christian Drosten. Ein Teilnehmer der damaligen Runde erinnert sich mit Schaudern: „Die Forscher sagten uns, es könne schrecklich werden. Wirklich schrecklich.“

Seehofers Leute wollten offenbar insbesondere eines wissen: Was würde passieren, falls der Staat stillhalten und die Seuche wie eine Grippe einfach durchlaufen lassen würde? Dann, so soll Drosten nach Recherchen der Zeitung „Welt am Sonntag“ geantwortet haben, könnten sich bis



Feiern, Corona-Style

Oben: Virtuelle Party von Leonie und Mehmet, die Gäste sind zugeschaltet. Unten: Margarete und Ilse sind per Telefon bei einem Gottesdienst der Heilsarmee





Sicherheit zuerst Bild oben: Viertklässler in Leipzig warten – mit Maske und im gebotenen Abstand – auf den Schulbus. Bild rechts: Maskierter Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma vorm Eingang einer Drogerie in Berlin-Mitte



August etwa 15 bis 20 Millionen Deutsche mit Corona infiziert haben. Etwa 30 000 Patienten müssten dann in den Krankenhäusern intensiv behandelt werden. In Deutschland stünden aber lediglich 10 000 Intensivbetten zur Verfügung. Chaos drohte. Der Staat, das war spätestens nach dieser Runde klar, musste hart und schnell agieren.

Nüchtern und klar informiert

Bund und Länder einigten sich in den folgenden Tagen auf ein in der Geschichte der Republik beispielloses Maßnahmen-Paket. Das öffentliche Leben wurde am 16. März ab 18 Uhr auf nahezu Null runtergefahren, die Grenzen dichtgemacht. Ein staatlich verordneter Herzstillstand – um dem großen Sterben zu entgehen. Ein Sterben, dass ja in jenen Märztagen nur wenige Kilometer weiter im Süden, in Italien, schon begonnen hatte.

Das Ganze, so das lakonische Fazit des Lungenfacharztes Joachim Ficker, Professor am Uni-Klinikum Nürnberg, „hätte uns auch in Deutschland leicht um die Ohren fliegen können“.

Tat es aber nicht. Die Regierung, sagt ein RKI-Beamter zu FOCUS, habe „großartig gehandelt“. Die beschlosse-

nen Maßnahmen seien „einwandfrei“, und sie hätten Wirkung gezeigt. Weil ein Impfstoff nun mal fehle, habe es tatsächlich keine Alternative gegeben.

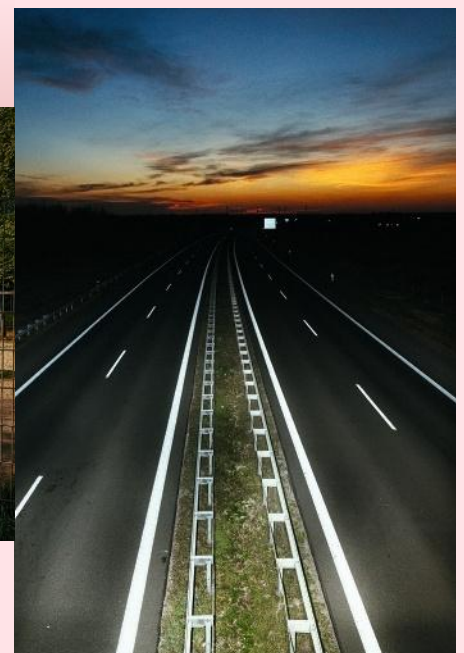
Der Weg etwa, den Schweden gewählt habe, also ein weitgehender Verzicht auf Zwangsmaßnahmen, sei für eine bevölkerungsreiche und dicht besiedelte Nation wie Deutschland versperrt gewesen. „Das hätte in die Katastrophe geführt.“

Auch mit der Arbeit seines eigenen Instituts ist der RKI-Mann zufrieden. Zwar habe der Behördenleiter Wieler, ein gelernter Tiermediziner, über Wochen

eher beruhigt und abgewiegt – als es darauf ankam, habe er aber Format bewiesen. Seine täglichen Lageberichte hätten die Nation nüchtern und klar über den Ernst der Situation informiert. So habe der Behördenchef zur allgemeinen Akzeptanz der harten Maßnahmen beigetragen.

So wie auch Drostens änderte Wieler im Verlauf der Krise seine Einschätzung zur Gefährlichkeit des Virus und zu den möglichen Abwehrmaßnahmen mehrfach – und zwar durchaus grundlegend. Mal waren Grenzsicherungen unnötig, dann geboten. Mal war man gegen ►

Leer- und Stillstand Bild unten: ein abgesperrter Spielplatz in Duisburg. Bild rechts: Autobahn ohne Autos – die Anti-Corona-Maßnahmen führten über Wochen zu einer stark reduzierten Mobilität in Deutschland



einen Schul-Stopp, später dafür. Zunächst äußerte man sich abfällig über das Tragen von Schutzmasken, irgendwann hielt man auch diese Maßnahme für wichtig.

Dass sich die Wissenschaftler, die plötzlich zu öffentlichen Figuren und Leitbildern wurden, in den vergangenen Wochen immer wieder korrigierten, mag für das Publikum und die politischen Entscheider anstrengend und irritierend sein, – ein Zeichen von Wankelmut und mangelnder Sachkunde ist es jedenfalls nicht. Im Gegenteil: Die Revision von Urteilen

aufgrund neuer Einsichten zeichnet die Wissenschaft aus. Sie kann und muss für denjenigen, der eine Krise zu bewältigen hat, zwar ein Ratgeber sein. Sie wird ihm aber nie, darauf macht Risikoforscher Gigerenzer aufmerksam, die vollkommene Einsicht und eine absolut zutreffende Prognose liefern.

So wie schon der globale Finanzcrash im Jahre 2008 zeige nun auch die Corona-Krise, dass wir uns über die Ungewissheit unserer Handlungen „vollkommen bewusst“ sein sollten, meint Gigerenzer.

Wir müssten begreifen, dass wir unsere Welt nicht endlos rationalisieren könnten. Beispiel: Krankenhäuser. Deutschland galt über Jahre als übertversorgt – zu viele Betten, zu viel Personal, zu hohe Kosten. Dieses angebliche „zu viel“ dürfte die Republik jetzt gerettet haben. Gigerenzer sagt: „Wir müssen aufhören, vom Optimieren zu reden.“

So sehen das auch die Mitglieder der Nationalen Akademie der Wissenschaft Leopoldina, die in ihrem neuen Bericht den Staat ermahnen, er möge sich in der Gesundheitsvorsorge mehr engagieren. Zwar habe man die Corona-Krise „relativ gut“ überstanden. Das Gesundheitssystem selbst jedoch sei anfällig.

Zu enger Beraterkreis?

Als durchaus gravierende Fehlentscheidungen könnten sich die Schließungen von Kindergärten und Schulen erweisen. Kinder und Jugendliche sind durch das Virus offenbar bei Weitem nicht so gefährdet wie Erwachsene. Sie scheinen auch weniger infektiös zu sein. „Wir müs-

sen die Kinder endlich frei lassen und die Schulen wieder ganz normal arbeiten lassen!“, fordert ein RKI-Mitarbeiter gegenüber FOCUS.

Auch Drost (der erst gegen, dann für Schulschließungen war) nähert sich inzwischen dieser Position an. In der Frühphase der Pandemie, sagt Thomas Fischbach, Vorsitzender des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte, sei die „Verunsicherung sehr groß“ gewesen. Es wäre gut gewesen, urteilt der Solinger Pädiater, hätte sich die Bundesregierung

Tausend Gastro-
nomie-Betriebe werden
die Krise wohl nicht
überstehen

nicht „nur von Epidemiologen und Virologen“ beraten lassen, sondern auch von Sozialwissenschaftlern, Pädagogen und Ärzten, die wirklich mit Patienten zu tun haben. Fischbach ergänzt: „Mittlerweile sitzt immerhin die Wirtschaft mit am Tisch, aber das Spektrum medizinischer Ratgeber ist noch immer zu eng.“

Dass sich die politischen Entscheider zu Beginn der Krise insbesondere auf die Einschätzung von Virologen verließen, ist für den Sozialpsychologen Gerald Echterhoff von der Universität Münster, allerdings nachvollziehbar. „Die Bedrohung war völlig neu. Man wusste nicht, wie das Virus wirkt.“

„Dann können wir einpacken!“

Als das Ausmaß der Gefahr „Konturen angenommen“ habe, so der Professor, habe sich die Debatte deshalb rasch auf medizinische Kriterien verdichtet. „Es ging um krank oder gesund, sterben oder leben.“ Der Staat habe den Menschen wichtige Entscheidungen einfach abgenommen. Das sei eine „zweischneidige Sache“ – die Zwangsmaßnahmen seien zugleich Einschränkung und Erleichterung. Das Ende des Lockdown verunsichere gerade deshalb so viele Menschen, weil sie nun wieder selbst für sich und ihr Verhalten verantwortlich seien.

Vielleicht ist dies ja die entscheidende Frage: Ist trotz Corona Vertrauen möglich? Vertrauen in sich selbst, Vertrauen in die Regierenden, die Fachleute. Und Vertrauen in eine Zukunft, von der nur gewiss ist, dass nichts gewiss ist.

Während in den Monaten vor der Krise das Vertrauen in den Staat und insbesondere in die Regierung eher brüchig schien, hat es nun wieder, glaubt man den Umfragen, deutlich an Kraft gewonnen.

Angela Merkel wurde nach einer ihrer Corona-Stellungnahmen von einem Reporter gefragt, ob sie es denn verantworten könne, dass örtliche Gesundheitsbehörden ohne zentrale Kontrolle Daten zum Infektionsgeschehen sammeln und melden. Die Kanzlerin reagierte irritiert. Sie vertraue den Behörden. Die Demokratie beruhe auf Vertrauen. Wenn dieses Vertrauen fehle, so Merkel lapidar, „können wir einpacken“.



**Kampf gegen
das Virus** Oben:
Provisorische
Corona-
Teststelle in
einem Berliner
Hinterhof.
Links: Beat-
mungsgerät in
Leipziger Klinik